

Radosław Supranowicz

Warschauer Vertrag vom 07.12.1970 und dessen Aufnahme in der deutschen und polnischen Publizistik der damaligen Zeit

Acta Neophilologica 5, 203-216

2003

Artykuł został zdigitalizowany i opracowany do udostępnienia w internecie przez Muzeum Historii Polski w ramach prac podejmowanych na rzecz zapewnienia otwartego, powszechnego i trwałego dostępu do polskiego dorobku naukowego i kulturalnego. Artykuł jest umieszczony w kolekcji cyfrowej bazhum.muzhp.pl, gromadzącej zawartość polskich czasopism humanistycznych i społecznych.

Tekst jest udostępniony do wykorzystania w ramach dozwolonego użytku.

Radosław Supranowicz
Katedra Filologii Germańskiej
UWM w Olsztynie

WARSCHAUER VERTRAG VOM 07.12.1970 UND DESSEN AUFNAHME IN DER DEUTSCHEN UND POLNISCHEN PUBLIZISTIK DER DAMALIGEN ZEIT

Unlängst jährte sich zum dreißigsten Mal die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Dieses Abkommen, das oft als eine der wichtigsten Zäsuren auf dem Weg der Aussöhnung zwischen beiden Ländern bezeichnet wird, wurde am 07. Dezember 1970 zwischen den Vertretern beider Regierungen, dem Bundeskanzler Willy Brandt und dem polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz, unterzeichnet. Wie wichtig und bedeutsam dieses Ereignis, die Person Willy Brandts und die mit seinem Namen verbundene Ostpolitik für das deutsch-polnische Nachkriegsverhältnis war, macht die Tatsache deutlich, dass der anlässlich des dreißigsten Jubiläums der Vertragsunterzeichnung nach Warschau gekommene deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der feierlichen Benennung des Platzes, wo einmal Willy Brandt gekniet hat, eben mit dem Namen dieses Sozialdemokraten, teilgenommen hat. Der Bundeskanzler hat auch eine Rede im polnischen Parlament gehalten, wobei er viele Male auf die Ostpolitik Willy Brandts eingegangen ist.¹ Symbolischen Wert erlangte dieser Besuch durch die Anwesenheit von zwei Mitakteuren jenes Dezemberbesuches Willy Brandts, des aus Danzig stammenden Schriftstellers Günter Grass und des damaligen Außenministers Walter Scheel. Von der Bedeutung des Warschauer Vertrages für die Nachkriegsbeziehungen zwischen beiden Nachbarländern zeugen neben der umfangreichen Zahl der Publikationen, die zu den fast ein Jahr andauernden Gesprächen, dem Vertrag selbst und der späteren Ratifikation des Vertrages verfasst wurden, auch das Interesse und die Pressestimmen, die anlässlich des dreißigsten Jubiläums in den beiden Ländern erschienen sind.

¹ Vgl. dazu: Informationen in der polnischen Presse, z.B. Gazeta Wyborcza vom 07.12.2000.

In der letzten Zeit beobachtet man in polnischen publizistischen Aussagen eine stürmische Diskussion, die durch die Idee der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach, in Berlin ein (nationales) Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten, hervorgerufen wurde.² Dieses Vorhaben des Bundes der Vertriebenen und ihrer Chefin hat bedauerlicherweise dazu beigetragen, dass nach vielen Jahren wieder Gespenster und Beängstigungen auf der polnischen Seite wach werden und es auch nicht solche Ansichten fehlen, dass es erneut zu einer ernsten Vergiftung in den deutsch-polnischen Beziehungen gekommen ist.³ Das letztens Geschehene verursacht, dass die Problematik der deutschen Vertriebenen und überhaupt der deutsch-polnischen Beziehungen an Aktualität gewinnt und gleichzeitig nochmals in den verstärkten Fokus des öffentlichen Interesses gelangt. In diesem Beitrag wird ein Versuch unternommen, die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages vom 07. Dezember 1970 und das Echo, das dieses bedeutende Geschehen in den Aussagen deutscher und polnischer Publizisten und der an dem deutsch-polnischen Versöhnungsprozess Beteiligten hinterlassen hat, kurz darzustellen.

Die ganze Ostpolitik und insbesondere die Polenpolitik der deutschen christdemokratischen Regierungen war sehr häufig seitens der polnischen Publizisten und allen voran Politikern mit den beiden Begriffen „Revisionismus“ und „Revanchismus“ charakterisiert worden. Diese Ausdrücke, die sehr repräsentativ für die Argumentation der gesamten polnischen Publizistik⁴ und der damaligen Erfassung der polnischen Staatsräson in den ersten Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg gelten können, sind sehr tief im deutsch-polnischen Verhältnis der Nachkriegszeit verwurzelt.⁵ Erst die Ende

² Als Beispiele wären an dieser Stelle folgende Beiträge zu nennen: Władysław Bartoszewski: *Przeciw wybiórczej pamięci*. In: Rzeczpospolita vom 15.07.2003, *Nie litować się nad Niemcami. Z Markiem Edelmanem rozmawiają Krzysztof Burnetko i Jarosław Makowski*. In: Tygodnik Powszechny vom 17.08.2003, Tomasz Strzembosz: *Hitler nie przybył z księżycą*. In: Rzeczpospolita vom 28.08.2003, Erika Steinbach: *Prawo Niemców do pamięci*. In: Rzeczpospolita vom 13.08.2003, *Leszek Kołakowski o Centrum przeciw wypędzeniom*. In: Gazeta Wyborcza vom 09.09.2003, Helga Hirsch: *Niemiecki ból*. In: Rzeczpospolita vom 24.07.2003, Jerzy Holzer: *Porozmawiajmy o historii*. In: Rzeczpospolita vom 29.11.2003, Klaus Bachmann: *Nieunikniona nacjonalizacja pamięci*. In: Rzeczpospolita vom 30.07.2003, Jaromir Sokołowski: *Niemieckie Ziomkostwa. Odwetowcy czy ofiary historii?* In: Rzeczpospolita vom 20.09.2003, Longin Pastusiak: *Centrum szkodzi pojednaniu*. In: Rzeczpospolita vom 27.08.2003, Stefan Bratkowski: *Znowu...?* In: Rzeczpospolita vom 23.08.2003, Stefan Bratkowski: *Pruska pycha, polski niepokój*. In: Wprost vom 07.12.2003.

³ Vgl. dazu: Włodzimierz Borodziej: *W putapce pani Steibach*. In: Gazeta Wyborcza vom 23.11.2003.

⁴ Als ein Beispiel für den häufigen Umgang mit diesem Vokabular seien die Publikationen „*Neonaziści i rewanzysci żądają rewizji postanowień poczdamskich*”. In: Trybuna Ludu vom 03.08.1970, Mieczysław F. Rakowski: *Wyraźniejsze fronty*. In: Polityka. Nr. 24 / 1970 oder „*Rewanżyzm i europejskie realia*”. In: Trybuna Ludu vom 25.03.1970 zu nennen.

⁵ Vgl. dazu: Tadeusz Walichnowski: *Kult rewizjonizmu terytorialnego w polityce i prawie RFN*. Warszawa 1983, auch: Tadeusz Walichnowski: *Stanowisko Polski wobec zachodniemieckiego rewizjonizmu terytorialnego 1949 – 1989*. Warszawa 1989.

der sechziger Jahre vollzogene Verantwortungsübernahme durch die Sozialdemokraten und das Herauskristallisieren der Regierung Willy Brandts trugen wesentlich dazu bei, dass die Versöhnung mit dem Nachbarn im Osten als souveräner Wert erkannt wurde. In der Bundesrepublik begann man, die Verständigung mit Polen mit der Beendigung der Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich zu vergleichen. Grundlage für diese Verständigung sollte ein Vertrag sein, in dem auch das unangenehme Grenzproblem geregelt werden sollte. Die deutschen Entscheidungsträger waren sich dabei dessen bewusst, dass jeder Aussöhnungsversuch mit Polen für die deutsche Seite ein Sich-Abfinden-Müssen mit dem durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges verursachten Status quo heißen würde.⁶ Die Initiative zu einem Arrangement, das die einer Lösung bedürftige Grenzfrage⁷ klären und vielleicht einen neuen Anfang im deutsch-polnischen Verhältnis herbeiführen sollte, ging von polnischer Seite aus. Der polnische Parteiführer Władysław Gomułka äußerte auf einer Wahlkundgebung in Warschau die Meinung, dass Polen bereit wäre, einen Grenzvertrag mit der Bundesrepublik abzuschließen. Als Muster sollte hier der vor fast zwanzig Jahren unterzeichnete Grenzvertrag, der so genannte Görlitzer Vertrag, zwischen Polen und der DDR angesehen werden. Gomułkas Vorschlag wurde vom damaligen deutschen Außenminister Willy Brandt aufgegriffen. Im Unterschied jedoch zum polnischen Parteichef, der einen Grenzvertrag zu unterschreiben beabsichtigte, wollte Willy Brandt ursprünglich einen reinen Gewaltverzichtsvertrag unterzeichnen, in dem die Oder-Neiße-Grenze nicht als endgültige Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland verankert werden sollte. Die immer noch offen stehenden Grenzfragen sollten erst in Zukunft in einem Friedensvertrag⁸ geregelt werden.

⁶ Näheres zum historischen Hintergrund findet man in: Hans Georg Lehmann: *Der Oder-Neiße-Konflikt*. München 1979, Dieter Bingen, Janusz Józef Węc: *Die Deutschlandpolitik Polens 1945 – 1991. Von der Status-Quo-Orientierung bis zum Paradigmenwechsel*. Kraków 1993, Heiner Timmermann (Hg.): *Außenpolitik und Interessenausgleich: Die Bundesrepublik Deutschland und die VR Polen in den Ost-West-Beziehungen*. Saarbrücken-Scheidt 1988, Hans-Adolf Jacobsen / Mieczysław Tomala: *Bonn – Warschau 1945 – 1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation*. Köln 1992, Dieter Bingen: *Die Bonner Deutschlandpolitik 1969 – 1979 in der polnischen Publizistik*. Frankfurt a. M. 1982, Hans-Adolf Jacobsen: *Bundesrepublik Deutschland, VR Polen: Bilanz der Beziehungen, Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung*. Frankfurt a. M. 1979, Alfons Klafkowski: *Układ Polska – NRF z 7 grudnia 1970*. Warszawa 1973, Claus Arndt: *Die Verträge von Moskau und Warschau. Politische, verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Aspekte*. Bonn-Bad Godesberg 1973, Janusz Rachocki (Hg.): *VR Polen – Bundesrepublik Deutschland. Probleme der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen*. Poznań 1972, Jerzy Skibiński: *Problemy normalizacji stosunków PRL – RFN*. Warszawa 1985, Friedbert Pflüger / Winfried Lipscher: *Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft*. Bonn 1993, Mieczysław Tomala: *Deutschland von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945 – 1990*. Marburg 2000.

⁷ Die Bundesrepublik Deutschland ging permanent davon aus, dass Deutschland rechtlich gesehen in den Grenzen von 1937 bestehe und die früheren ostdeutschen Provinzen sich nur vorläufig unter polnischer Verwaltung befänden.

⁸ Gemäß den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz sollte über das zukünftige Deutschland und sein Territorium in einem separaten Friedensvertrag zwischen einem

Nach ca. 9 Monaten seit dem Angebot des polnischen Parteiführers am 04. Februar 1970 begannen in Warschau unter Staatssekretär Georg Ferdinand Duckwitz und dem stellvertretenden polnischen Außenminister Józef Winiewicz die Verhandlungen über den deutsch-polnischen Vertrag. Diese fast ein Jahr dauernden Gespräche haben eine reichhaltige Widerspiegelung in deutschen und polnischen Printmedien gefunden. Beide Seiten bedienten sich dabei verschiedenster Argumente. Der Gedankenaustausch zwischen den beiden Verhandlungsdelegationen gestaltete sich von Anfang an sehr schwierig. Bald stellte es sich heraus, dass die Grenzfrage das bedeutendste Problem darstellte, um dessen befriedigende Lösung am härtesten wird gerungen werden müssen. Die polnische Seite strebte eine eindeutige und endgültige Anerkennung ihrer westlichen Grenze durch die Bundesrepublik und den Verzicht der BRD auf jegliche territoriale Forderungen in Bezug auf die Gebiete, die gemäß Potsdamer Abkommen Polen übergeben worden waren, an. Seitens der Bonner Politiker wurde dagegen häufig die Meinung geäußert, dass die BRD keine gemeinsame Grenze mit Polen habe und deshalb eine solche nicht anerkennen könne. Die Grenzfrage sollte der zukünftige zwischen einem vereinten Gesamtdeutschland und den Siegermächten zu unterzeichnende Vertrag regeln. Zur Paraphierung des Vertrages kam es am 18. November, zur Unterzeichnung ist der Bundeskanzler Willy Brandt nach Warschau gereist, der erste Chef einer deutschen Regierung, der nach dem II. Weltkrieg Warschau besuchte. Zu seiner Delegation hat er nicht nur Journalisten, sondern auch Schriftsteller, Vertreter von Jugendverbänden, der Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen eingeladen. Bei der Kranzniederlegung an der Gedenkstätte des Warschauer Gettos ging Willy Brandt plötzlich in die Knie. Mit seinem Kniefall, der inzwischen einen symbolischen Charakter erlangte, löste Willy Brandt in beiden Ländern viel Aufregung aus. Sehr häufig wurde dem Bundeskanzler vorgehalten, seine Geste sei nicht spontan, sondern in Details vorgeplant gewesen. Diese Auffassung finden wir beispielsweise zuletzt im Buch von Günter Grass „*Mein Jahrhundert*“, wo man im Abschnitt „*Jahr 1970*“ eine sarkastische Kritik an Brandts Warschauer Benehmen und seiner Person selbst treffen kann:

Aber nein, er erlaubt sich ne Extratour: nicht etwa auf die erste Stufe, was kaum riskant gewesen wäre, sondern direkt auf den nassen Granit, ohne sich mit der einen, der anderen Hand abzustützen, gekonnt aus den Kniekehlen raus geht er runter, behält dabei die Hände verklammert vorm Sack, macht ein Karfreitags-gesicht, als wäre er päpstlicher als der Papst, wartet das Klicken der Fotografen-meute ab, hält geduldig ne starke Minute lang hin und kommt dann wieder nicht etwa auf die sichere Tour – erst das eine, dann das andere Bein –, sondern mit einem Ruck hoch, als hätt er das trainiert, tagelang vorm Spiegel, zack hoch, steht nun und guckt.⁹

vereinten Deutschland und den drei Siegermächten entschieden werden. Zu diesem Vertrag ist es bekanntlich nie gekommen. Vgl. dazu: Jerzy Skibiński: *Sprawa traktatu pokoju z Niemcami po II. Wojnie Światowej*. Warszawa 1987.

⁹ Günter Grass: *Mein Jahrhundert*. Göttingen 1999, S. 257.

Diese scharfe Kritik am Kniefall findet sich zwar im Buch von Günter Grass, aber er selbst ist nicht der Verfasser dieser Worte. Der in den Sechzigerjahren politisch engagierte Günter Grass unterstützte Willy Brandt und seine Ostpolitik sehr und optierte für die Aussöhnung mit Polen.¹⁰ Brandts Verhalten vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Gettos war sehr umstritten, erweckte tiefe Emotionen und stößt noch heute bei vielen Deutschen auf Ablehnung. Die Zeitschrift „Der Spiegel“ führte noch im Dezember 1970 eine Umfrage durch. Ihr Resultat war: 41% der Befragten hielten den Kniefall für angemessen, 48% für übertrieben, 11% äußerten keine Meinung.¹¹ Willy Brandt selbst schrieb in seinen drei Jahre vor seinem Tod 1989 veröffentlichten Memoiren:

Ich hatte nichts geplant, aber Schloss Wilanów, wo ich untergebracht war, in dem Gefühl verlassen, die Besonderheit des Gedenkens am Getto-Monument zum Ausdruck bringen zu müssen. Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.¹²

Das Verhalten des deutschen Bundeskanzlers vor dem Denkmal für die Opfer des Aufstandes im Warschauer Getto sorgte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen für viel Aufruhr. Während die meisten westdeutschen Zeitungen Bilder von Brandts Kniefall auf der Titelseite präsentierten, hätte man vergebens ein entsprechendes Foto in der polnischen Presse suchen können. Nur eine Zeitung hat den Kniefall von Willy Brandt publiziert. Es war die in jiddischer Sprache erscheinende Warschauer „Folks-Sztyme“, dieses Foto war aber nur auf Seite zwei zu finden. Es ist anzunehmen, dass die polnische Regierung durch die Nicht-Veröffentlichung dieser symbolischen Geste Willy Brandts das Bild vom neuen Deutschland nicht wahrnehmen wollte. Die polnischen Machthaber wollten an den bisher vorherrschenden und ständig propagierten Klischees von der „revanchistischen Bedrohung“ aus dem Westen und dem ewigen deutschen „Drang nach Osten“¹³ festhalten, die man zum Zweck eigener Machtsicherung und -legalisierung instrumentalisiert hatte. Durch die Beteuerungen einer ständigen Gefährdung von westdeutscher Seite wollte die polnische prosowjetische Regierung ihre Politik der Abhängigkeit von der Sowjetunion als einem Garanten für die Unantastbarkeit der polnischen Grenzen legitimieren. Der polnische Publizist Adam Krzemiński meint zu Recht in seinem Artikel anlässlich des Jubiläums der Vertragsunterzeichnung, dass Willy Brandt – nach Auffassung der damaligen polnischen Machthaber – vor dem falschen Denkmal gekniet hatte. Nicht vor dem Denkmal des Unbekannten Soldaten, sondern vor dem

¹⁰ Vgl. dazu: Carsten Tessmer (Hg.): *Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen*. Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 6, Berlin 2000.

¹¹ Vgl. *Kniefall angemessen oder übertrieben*. In: *Der Spiegel* vom 14.12.1970, S. 27.

¹² Willy Brandt: *Erinnerungen*. Gütersloh / Wien u.a. 1989, S. 214.

¹³ Vgl. dazu: Mieczysław F. Rakowski: *W Niemczech Zachodnich o Polsce i Polakach*. In: *Polityka* vom 24.01.1970.

Denkmal für die Helden des Warschauer Gettos, und das nach knapp drei Jahren seit den antisemitischen März-Geschehnissen in Polen. Adam Krzemiński schreibt anlässlich des Jubiläums der Vertragsunterzeichnung in der politischen Zeitschrift „Polityka“:

Das Foto des knienden Kanzlers wurde in Polen sehr ungerne publiziert. Wenn schon, dann nur in der entsprechenden Version: im Vordergrund der polnische Soldat der Ehrenkompanie, im Hintergrund – das Gesicht gesenkt – der deutsche Bundeskanzler. In den deutschen Medien hat man eine andere Fassung publiziert: ein alleine auf den vom Regen nassen Bürgersteig-Platten kniender Mann. Ende der siebziger Jahre hat die polnische Zensur das Bild des Kanzlers oft missbraucht, indem sie das Bild unten abschnitt, so dass die Beine nicht zu sehen waren. Für die Regierenden war das ein unbequemes Symbol, nicht nur wegen – nach März 1968 – des falschen Denkmals, sondern auch wegen der psychischen Erschütterung, die bei vielen Polen ein in Warschau kniender Deutscher hervorgerufen hat.¹⁴

Die Bilder der symbolischen Geste des deutschen Regierungschefs gingen bald um die Welt und der im ehemaligen Warschauer Getto kniende deutsche Bundeskanzler Willy Brandt wurde zum Symbol für die ganze Ostpolitik der Sozialdemokraten und den Anfang im langen deutsch-polnischen Versöhnungsprozess. Für viele Deutsche und Polen wurde der Warschauer Kniefall zu einer Ikone, zum Symbol für das geschichtliche Pflichtbewusstsein und als ein einladender Appell zur Aussöhnung. In die Geschichte ging eine Äußerung eines Journalisten ein, der den Kniefall wie folgt kommentierte: „Da kniet er, der das nicht nötig hat, für alle, die es nötig haben, aber nicht knien“.¹⁵

In der Publizistik der Bundesrepublik wurde der Warschauer Vertrag von einer beträchtlichen Mehrheit als ein noch annehmbarer, wenn auch sehr opfervoller Kompromiss angenommen. Dem Abschreiben der alten deutschen Ostprovinzen und dadurch eines beachtlichen Teiles des Territoriums des alten Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 stand die Hoffnung auf einen endgültig befriedigenden Abschluss der Feindschaft zwischen den Deutschen und den Polen und auf eine Entspannung in Europa gegenüber. Das Echo in der westdeutschen Presse (die Presse der Landsmannschaften ausgenommen) war nach der Unterzeichnung des Vertrages im Grunde genommen überwiegend positiv. Schon die Titel in den maßgeblichen Zeitungen und Zeitschriften, die oft zu den so genannten Aufmachern zählten, deuten auf die positive Annahme des Vertrages hin. Im Vokabular der Autoren dieser Publikationen tauchen sehr oft Begriffe ‘Aussöhnung’, ‘Vernunft’, ‘Schritte in die Zukunft’, ‘Wende’, ‘Neuer Anfang’ auf. Als Beispiele

¹⁴ Adam Krzemiński: *Trzy umowy graniczne Polaków z Niemcami w XX w. Skwer Brandta*. In: *Polityka* Nr. 51/2000.

¹⁵ Willy Brandt musste in den dreißiger Jahren vor den Nazis nach Norwegen fliehen, wo er weiter im Untergrund gegen den Nationalsozialismus kämpfte. Er ist wieder nach Deutschland als norwegischer Berichterstatter der Nürnberger Prozesse gekommen. Vgl. ergänzend dazu: Carsten Tessler (Hg.): *ibidem*, S. 31

le wären hier zu erwähnen: „*Schlusspunkt unter die Vergangenheit*“ (Die Zeit), „*Nicht Verzicht – Vernunft*“ (FAZ), „*Vorleistung für Europa*“ (Stuttgarter Zeitung), „*Weg der Vernunft*“ (Welt der Arbeit), „*Verlorene Provinzen – gewonnene Ansicht*“ (Süddeutsche Zeitung), „*Wille zur Aussöhnung*“ (Frankfurter Neue Presse), „*Auf dem Wege zur Versöhnung*“ (Berliner Telegraph) oder „*Akt der Vernunft*“ (Allgemeine Zeitung in Mainz). Die Kritiker des Vertrages warfen dem Abkommen vor, es verstoße gegen das Grundgesetz und sanktioniere die Abtretung der ehemaligen deutschen Ostprovinzen an Polen und die Sowjetunion. Die Befürworter des Vertrages versuchten diese Argumente zu entkräften. Willy Brandt selbst betonte, dass der Warschauer Vertrag nichts preisgegeben habe, „was nicht längst verspielt worden ist“.¹⁶ Der aus Masuren stammende Schriftsteller Siegfried Lenz, der samt Günter Grass, dem gebürtigen Kaschuben aus Danzig, auch zu den Mitgliedern der deutschen Dezember-Delegation zählte, äußert sich in seinem Kommentar „*Nachdenken über Warschau*“ in „Die Zeit“ folgendermaßen: „...Denn was verloren gegangen ist, ging nicht an dem Tag der Unterzeichnung verloren. ...“ Siegfried Lenz schreibt weiter:

Der Verlust hat allemal früher begonnen; dass es ein langandauernder Verlust ist, liegt an den Illusionen, die man vielen einpflanzte, und an den schlimmen Verheißungen, die man jahrelang sonntags verkündete. Die Vielen, die ein Recht auf ihren Schmerz über das Verlorene haben, wurden hinhaltend getäuscht; jetzt bietet man ihnen ein Datum der Enttäuschung und des Zorns an: das Datum der Unterzeichnung. Aber dies Datum hat nichts anderes gebracht als ein Ende prekärer Heimkehr-Illusionen und die Hoffnung auf eine größere, auf eine europäische Solidarität.¹⁷

Siegfried Lenz sieht die Ursache für die Entstehung der Oder-Neiße-Grenze im verlorenen Krieg. Das Festhalten an den Grenzen von 1937 und der falschen Hoffnung auf die Wiedererlangung der östlichen Provinzen hält er für Illusionen. „Fünfundzwanzig Jahre waren Illusionen billig zu haben“ – schreibt auch der Schriftsteller Günter Grass in der „Süddeutschen Zeitung“. Nach seiner Auffassung müsse Deutschland den Mut finden, die Rechnung für den entfesselten und verlorenen Krieg zu tragen, „nur selten hatten die deutschen Politiker den Mut, eine Nebelwand zu teilen, Wirklichkeit zu benennen und dem notwendigen Ausgleich zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk einen Anfang zu setzen“ – schreibt Grass in „Süddeutsche Zeitung“.¹⁸ Auf ähnliche Auffassungen kann man auch in anderen Publikationen stoßen, wie z.B. dem Artikel „*Ein Kreuz auf Preußens Grab*“ von der 2002 verstorbenen Journalistin und einer wahren Befürworterin des deutsch-polnischen Aussöhnungsdialogs Marion Gräfin Dönhoff,

¹⁶ Vgl. hierzu: Fernsehansprache des Bundeskanzlers Willy Brandt anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages, abgedruckt in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Band 6. Meldungen 1971, S. 263.

¹⁷ Siegfried Lenz: *Nachdenken über Warschau*. In: Die Zeit vom 18.12.1970.

¹⁸ Vgl. Günter Grass, *Verlorene Provinzen – gewonnene Einsicht*. In: Süddeutsche Zeitung vom 28/29. 11.1970.

die auch zu der deutschen Delegation eingeladen war, aber kurz vor der Anreise dem Kanzler entschuldigend ihre Absage mitteilen musste. Sie billigt die Paraphierung des Vertrages und greift sogar die Vertreter der Landsmannschaften an, sie schreibt:

Niemand kann heute mehr hoffen, dass die verlorenen Gebiete je wieder deutsch sein werden. Wer anders denkt, der müsste schon davon träumen, sie mit Gewalt zurückzuerobern. Das würde heißen, wieder Millionen Menschen zu vertreiben – was nun wirklich keiner will. Man muss hoffen, dass nun auch die Polemik der Landsmannschaften, für die jeder ein Verräter ist, der ihre Illusionen nicht für Realitäten hält, eingestellt wird.

Gräfin Dönhoff gehört zu den vielen Publizisten, die den Mut haben, jegliche Hoffnung auf eventuelle Grenzkorrekturen dem Illusionären anzugleichen. Sie kritisiert aber auch die Verhaltensweise der polnischen Wissenschaftler und Publizisten und greift ganz zu Recht den polnischen Chauvinismus an, indem sie schreibt:

Man möchte sich freilich auch wünschen, dass die Polen uns in Zukunft mit ihrem Chauvinismus verschonen, der sie von „wiedergewonnenen Gebieten“ reden lässt.¹⁹

Marion Gräfin Dönhoff, selbst im ostpreußischen Friedrichstein aufgewachsen, begrüßt das Abkommen zwischen der BRD und Polen und spricht in ihrem Kommentar sogar von „einem neuen Anfang“ in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Man findet auch kritische Einstellungen zum Vertrag, die vor allem in der Presse der Landsmannschaften anzutreffen waren. Kritische Kommentare brachten u.a. „Deutsche Zeitung / Christ und Welt“ unter der Überschrift „Politik mit Gefühlen“, „Rheinischer Merkur“ mit dem Artikel „Deutschland in Polen verloren“ oder Zeitungen des Springer-Konzerns.²⁰ Der in „Die Welt“ schreibende Publizist Herbert Kremp sieht im Vertrag nicht den Schritt zur Annäherung oder Versöhnung, sondern eher eine Bestätigung „des großeuropäischen Konzepts Moskaus“, er stellt ferner die Frage, ob „man sich über Verträge versöhnen kann, die die Teilung eines Landes und den Verlust von Landesteilen besiegeln“.²¹ Des Öfteren stieß man in den kritischen Kommentaren auch auf publizistische Aussagen von aktiven Politikern, allen voran der eng mit verschiedenen Landsmannschaften verbundenen Rechtswissenschaftler, die das mögliche In-Kraft-Treten dieses Vertrages kritisierten, weil er die endgültige und dauerhafte Eingliederung der vormals deutschen Ostgebiete in das polnische Besitztum für immer sanktionieren sollte. Der bekannteste SPD-Politiker, der in der Pres-

¹⁹ Marion Gräfin Dönhoff: *Ein Kreuz auf Preußens Grab. Zum deutsch-polnischen Vertrag über die Oder-Neiße-Grenze*. In: Die Zeit vom 20.11.1970.

²⁰ Darunter sind vor allem die Zeitungen „Bild-Zeitung“ und „Die Welt“ zu verstehen, auf deren Spalten der Verleger Axel Springer selbst das Wort ergriff und sehr kritische Kommentare veröffentlichte.

²¹ Herbert Kremp: *Was ist das für ein Frieden?* In: Die Welt vom 25.11.1970.

se der Landsmannschaften gegen den Vertrag plädierte, war Herbert Hupka²², der nach einiger Zeit spektakulär der CDU beigetreten ist. Ein spezielles Kapitel stellen die Publikationen in den Organen der Landsmannschaften dar. In den Vertriebenenaussagen kommen sehr oft ihre „Unfähigkeit zu trauern“²³ und ihre von Wehmut geprägten Äußerungen über ihre angestammte verlorene Heimat²⁴ zum Ausdruck. In den publizistischen Beiträgen der Vertriebenen trifft man – verständlicherweise – meistens nur kritische Äußerungen zum Warschauer Vertrag. In vielen ‘Heimatblättern’, wie z.B. „Der Westpreuße“, stößt man fast in jeder Ausgabe aus dem Jahr 1970 auf Kommentare der Vorgespräche zwischen beiden Delegationen. Je näher der ganze Prozess der Vollendung rückte, desto schärfer und angreifender wurde die Sprache der ‘Heimatblätter’. Während die ersten Kommentare folgende ‘unschuldige’ Titel, wie „*Wohin rollt die Ostpolitik?*“ hatten, wurden die Artikel am Jahresende 1970 betitelt: „*Die Bundesregierung hat kein Recht, auf ein Viertel Deutschlands zu verzichten*“ oder „*Ein Riss geht durch unser Volk. Empörung und Trauer über Warschauer Vertrag*“. In der Presse der Heimatvertriebenen hat man oft auf die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 in Ost- und Westpreußen hingewiesen, wo – wie wir den Geschichte-Büchern entnehmen können – mehr als 90% der Bevölkerung für Deutschland gestimmt hat.²⁵ Formuliert wurden Thesen wie: „Wer Grenzen achten will muss auch das Bekenntnis vom 11.07.1920 beachten“. Häufig waren solche ‘schreienden’ Parolen wie: „Kein Verzicht auf halb Deutschland“ anzutreffen. Die in den ‘Heimatblättern’ schreibenden Publizisten haben die Bundesregierung heftiger Kritik ausgesetzt, sie habe kein Recht über die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen zu entscheiden. Vorgebracht wurden Ansichten von Rechtswissenschaftlern, die Mängel am Vertrag aufsuchten und seinen Verstoß gegen das Grundgesetz betonten, gegen das dort verankerte Gebot zur Wiedervereinigung Deutschlands.²⁶ Folgende (Unter)Titel ‘verraten’ schon, welche Einstellung zum Warschauer Vertrag und den vorherigen Gesprächen ihre Verfasser haben: *Ostdeutschland darf kein Ausland werden, Polen-Vertrag verfassungswidrig?, Bonn verschenkt Ostdeutschland, Bonn kapituliert in Warschau, Die Regierung*

²² Die in den polnischen Publikationen meist angegriffenen sog. ‘Berufsvertriebenen’ (man hat oft diesen Ausdruck verwendet) waren Herbert Hupka und Herbert Czaja. Als ein Beispiel kann hier der Artikel von Dominik Horodyński in der Zeitschrift *Kultura* vom 29.11.1970 dienen, in dem Hupka u.a. als „ein wahnsinniger Revisionist“ (obłąkany rewizjonista) bezeichnet wird.

²³ Der Begriff geht auf eine von Alexander und Margarete Mitscherlich 1967 veröffentlichte Sammlung gesellschaftsanalytischer Arbeiten unter dem Titel „*Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen des kollektiven Verhaltens*“ zurück.

²⁴ Näheres zum jetzigen Wahrnehmen des Heimatbegriffs: Radosław Supranowicz: „(Verlorene) Heimat“ - *eine neue Utopie?*, In: *Acta Neophilologica*, III, Olsztyn 2001, S. 275.

²⁵ Eine interessante Polemik gegen die Ansichten der Heimatblätter-Publizisten bezüglich der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen bildet der Artikel von Eugeniusz Guz *Dlaczego kłeska* in der politischen Zeitschrift *Polityka* vom 11.07.1970.

²⁶ Vgl. dazu: Herbert G. Marzian: *Die Weichenstellung in der Ostpolitik*. In: *Das Ostpreußenblatt* vom 5. Dezember 1970.

*Brandt hat kein Recht Ostdeutschland zu verschenken, Der Warschauer Vertrag steht im Gegensatz zu Grundgesetz und Völkerrecht, Halbmast für Deutschland, Ein schwarzer Tag unserer Geschichte, Ein verhängnisvoller Vertrag, Die falsche Botschaft vom Frieden.*²⁷ Sehr repräsentativ für das Klima der landsmannschaftlichen Publikationen ist folgender dem Organ der Landsmannschaft Ostpreußen entnommener Abschnitt:

Der Geist von Warschau ist der Geist der Rache. Nur Traumwandler können sich von ihm Versöhnung erhoffen. Die Vertriebenen, die auf Rache und Vergeltung verzichtet haben, würden ihr Zeugnis verleugnen, wenn sie diese Wahrheit in dieser Stunde nicht aussprechen würden. Nach Jahrzehnten des Glaubens und der Hoffnung, dass ihnen Recht widerfahren werde, stehen sie vor einem Abgrund der Enttäuschung, vor einer neuen Gewissenskrise. Wieder werden sie von Unrecht und Gewalt herausgefordert.²⁸

Wie man auch diesem Abschnitt entnehmen kann, waren die Vertriebenen entschiedene Gegner der Ostpolitik Willy Brandts. Während eine beträchtliche Mehrheit der Publizisten im Warschauer Vertrag eine Chance zur Aussöhnung und Verständigung sah, bedeutete dieses Ereignis für die Vertriebenen etwas Gegensätzliches. Die Heimatblätter-Publizisten wiesen sehr oft darauf hin, dass ein Vertrag, der das Vertreibungsgeschehen sanktioniere, keine Grundlage für eine dauerhafte Versöhnung sein könne.

Beim Beurteilen der Publikationen in der polnischen Presse muss als wesentlicher Aspekt das Existieren der Zensur berücksichtigt werden. Ansonsten gehörte zu einem sehr großen Anliegen der polnischen Machthaber, das Bild des Deutschen in einem falschen Spiegel anzuzeigen. Dies geschah häufig mithilfe der Publizistik, aber auch andere Mittel waren im Einsatz. In den fünfziger Jahren hat man beispielsweise in Polen sehr gern das Bild von Bundeskanzler Adenauer publiziert, auf welchem er – im bei der polnischen Bevölkerung so diffamierten Kreuzrittermantel – auf die Grenzkonturen Polens blickte. Etwas kurios mag die Tatsache klingen, dass dieses Bild noch Anfang der siebziger Jahre als einziges „Exponat“ der Nachkriegszeit im Museum des ehemaligen KZs Stutthof bei Gdańsk ausgestellt war.²⁹ Wie schon oben angedeutet, war die Einschätzung des Warschauer Vertrages in der polnischen Publizistik wegen Zensureingriffen nicht mit der Mannigfaltigkeit der Auffassungen in der demokratischen Bundesrepublik vergleichbar. Man könnte jedoch daran zweifeln, ob es wirklich eine oppositionelle Haltung zum Warschauer Vertrag gegeben hätte, auch wenn eine pluralistische Meinungsvielfalt in den Massenmedien zugelassen gewesen wäre. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass in der Frage der Oder-Neiße-Grenze die polnischen Machthaber sich auf die Einstellung des Großteils der Bevölkerung

²⁷ Bei der Beurteilung des Warschauer Vertrages in der Presse der Landsmannschaften stütze ich mich hauptsächlich auf folgende Heimatblätter: *Der Schlesier, Das Ostpreußenblatt, Der Westpreuße und Die Pommersche Zeitung*, die obigen Überschriften wurden dem Organ *Der Westpreuße* (Jahrgang 1970) entnommen.

²⁸ Das Ostpreußenblatt Nr. 50 / 1970.

²⁹ Vgl. dazu: *Polen. Die Gesellschaft auf -ki*. In: *Der Spiegel* Nr. 47 / 1970, S. 152.

stützen konnten. In den meisten polnischen Publikationen wurde der Görlitzer Vertrag mit der DDR als Modell für den Warschauer Vertrag hingestellt. Auf das häufig seitens der deutschen Presse vorgebrachte Argument der Notwendigkeit eines Friedensvertrages reagierte die polnische Seite mit den Äußerungen, dass es Anfang der siebziger Jahre nicht zu einem Friedensvertrag kommen könne, da der Tatbestand ganz anders als im Jahre 1945 sei. Der Publizist Ryszard Wojna schreibt, dass das besiegte III. Reich nicht im Stande war, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und es jetzt unmöglich ist an einen Vertrag mit den Siegermächten zu denken. Die polnische Presse sprach im Zusammenhang mit einem Friedensvertrag und den Grenzen von 1937 offen von einer Fiktion und Illusion.³⁰ In einem Artikel in „Sztandar Młodych“ wird scharfe Kritik an der These von dem Bestand des deutschen Territoriums in den Grenzen von 1937 geübt. Der Autor spricht hier in diesem Zusammenhang von „einer Fantasie, die derjenigen, der Science-Fiction-Autoren gleicht“, ferner bezeichnet er das angeblich noch heute in den Grenzen von 1937 bestehende Deutschland als „ein utopisches Land“.³¹ Durch die polnische Seite wurde ständig das Argument vorgebracht, Polen habe kraft Potsdamer Abkommens nur seine früheren Westgebiete zurückerhalten, die polnische Propaganda sprach in diesem Kontext von den „wiedergewonnen Gebieten“ und der „Rückkehr auf uralte Piastenzländer“.³² Die Argumentationsweise, Polen habe die ostdeutschen Provinzen erhalten, da es seine Gebiete im Osten an die Sowjetunion abgetreten habe, die sog. „Kompensationstheorie“, wurde durch die offizielle polnische Publizistik nicht hervorgehoben. Man hat gefürchtet, der Verbundenheit mit der UdSSR und dem sozialistischen Lager schädigen zu können. An dieser Stelle sei noch darauf hinzuweisen, dass eine Betonung eines Zusammengehörigkeitsgefühls mit dem polnischen Grenzland im Osten (Kresy) verpönt war. Wer diesem Prinzip zuwidergelaufen war, konnte sogar revanchistischer Ideen bezichtigt werden.³³ In den polnischen Medien wurde immer wieder der Tatbestand hervorgehoben, dass die Oder-Neiße-Grenze schon im Görlitzer Vertrag durch den zweiten deutschen Staat, die DDR, als endgültige deutsch-polnische Grenze anerkannt wurde. Die polnischen Publizisten haben es nicht unterlassen, der DDR für ihre zukunftsorientierte Denkweise viel Lob zu spenden.³⁴ Erst in

³⁰ Vgl. dazu: Ryszard Wojna: *Współczesne realia pokoju*. In: *Życie Warszawy* vom 22.08.70, auch: Mieczysław Pszon: *Ostpolitik*. In: *Tygodnik Powszechny* vom 19.07.1970.

³¹ Vgl. *Oporna wędrówka granic*. In: *Sztandar Młodych* vom 28.12.1970.

³² Vgl. dazu: Bogdan Dopierała: *Powrót na Pomorze*. In: *Polityka* vom 21.03.1970, Zenon Kliszko: *Prawda o dziejowej sprawiedliwości*. In: *Kultura* vom 10.05.1970, Gerard Labuda: *Warunki powrotu nad Odrę i Nysę*. In: *Kultura* vom 12.07.1970. Vgl. auch: Jörg Hackmann: *'Vertreibung' und 'Wiedergewonnene Gebiete'. Aktuelle Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen*. In: *Mare Balticum* 1997, Travemünde 1998, S. 77.

³³ Vgl. dazu: Jacek Kolbuszewski: *Kresy*, Wrocław 1999, S. 212.

³⁴ Vgl. dazu: Ignacy Krasicki: *Podpis kanclerza Willy Brandta*. In: *Życie Literackie* vom 12.12.1970, Marian Podkowiński: *Po podpisaniu Układu PRL-NRF*. In: *Za Wolność i Lud* vom 31.12.1970, Daniel Luliński: *Fundament normalizacji*. In: *Trybuna Ludu* vom 09.12.1970, Ryszard Wojna: *Nieoduracalne koło historii*. In: *Życie Warszawy* vom 12.12.1970.

den letzten Jahren, als die Archive der breiten Öffentlichkeit eröffnet werden, hat vorgebracht werden können, dass die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die ostdeutschen Kommunisten nur mit sehr viel Mühe erfolgen konnte.³⁵ Die Bestätigung der Grenze durch Ostdeutschland entsprach keineswegs der Stimmung unter den Bürgern der DDR, sondern vielmehr einem Wink aus der Sowjetunion. Die Oder-Neiße-Grenze, oder die Oder-Neiße-Linie – wie in den deutschen Publikationen anzutreffen ist³⁶ – bildete das heikelste Problem in den Verhandlungen, aber das war nicht der einzige einer Regelung bedürftige Fragenkomplex, der aus der diffizilen Vergangenheitsaufarbeitung resultierte. Der deutschen Seite schien es wichtig, an das Leid der Vertriebenen zu erinnern und auch das Problem der deutschen Minderheit in Polen zu regeln, was bei den polnischen Publizisten auf heftigen Widerstand gestoßen ist. Auf der polnischen Seite bezeichnete man im offiziellen Schrifttum die Vertreibung der deutschen Bevölkerung mit dem Terminus „Aus-“ bzw. „Umsiedlung“, womit gleichzeitig auch die Legitimation des Potsdamer Abkommens bezweckt wurde. Nicht selten stieß man auf den Ausdruck „Flucht“. Der Deutschland-Experte Karol Małcużyński spricht in seinem Kommentar zu den deutsch-polnischen Gesprächen: „*Das Problem, das es nicht gibt*“ in der parteitreuen Zeitung „Trybuna Ludu“ deutlich über die „Evakuierung in den Jahren 1945–47“. Man bediente sich unterschiedlicher Terminologie, vermieden wurde die Bezeichnung „Vertreibung“. Mit großer Sicherheit kann festgestellt werden, dass die polnische Propaganda vom Vertreibungsgeschehen nicht sprechen wollte (konnte), da dann auch an das Schicksal der polnischen Vertriebenen hätte erinnert werden müssen. Der Chefredakteur der politischen Zeitschrift „Polityka“, Mieczysław F. Rakowski, spricht sich eindeutig gegen die in der BRD verbreitete Terminologie aus:

Ich kann nicht ruhig an dieser Terminologie vorbeigehen. Wenn man in der BRD die Aussöhnung mit Polen will, dann bitte vorsichtig mit diesem Terminus. [...] Diese Menschen kann man nur dann Vertriebene nennen, wenn man annimmt, dass die Angst sie von diesen Gebieten vertrieben hat. Die Angst vor der Verantwortungsübernahme für die Verbrechen, die – im Namen des deutschen Volkes und mit seiner Anteilnahme – durch den Hitlerismus begangen wurden. [...] Millionen suchten das Weite. Diejenigen, die von der Angst nicht vertrieben wurden, wurden kraft der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens umgesiedelt.³⁷

³⁵ Vgl. dazu: Mieczysław Tomala: *Erzählen Sie keinen Unsinn, Genosse Ulbricht! Die VR Polen und die DDR in den 60er Jahren: Offizielle Harmonie und internes Misstrauen*. In: *Deutschland und Polen. Wege zu einem neuen Verhältnis*, Welt Trends. Internationale Politik und vergleichende Studien 13, Berlin 1996, S. 111, vgl. auch: Eugeniusz Guz: *Moskiewskie chmury nad zachodnią granicą*. In: *Dziś. Przegląd Społeczny*, Januar 2002, S. 90.

³⁶ Dettmar Cramer: Bonn und Warschau. Der schwierige Prozess der Annäherung. In: *FAZ* vom 18.06.1970.

³⁷ Mieczysław F. Rakowski: *Normalizacja widziana z Bonn*. In: *Polityka* Nr. 48 / 1970.

Polnische Publizisten negierten auch entschieden das Vorkommen einer deutschen Minderheit in Polen. Dieses unter dem Begriff „Familienzusammenführung“ existierende Problem zu regeln war ein sehr wichtiges Anliegen der deutschen Seite, die offiziell von einer Million Deutscher in Polen sprach.³⁸ Die polnische Presse akzentuierte sehr häufig, dass über ein Problem der deutschen Minorität in Polen gar keine Rede sein könne. Es bestünde nur das Problem einer Gruppe von Menschen, die den Wunsch geäußert hätten, nach Westdeutschland zu emigrieren. Regimetreue Publizisten verstanden deshalb unter dem Begriff „Familienzusammenführung“ eine reine Erwerbsemigration.³⁹

In den Publikationen der katholischen Presse Polens wurde der Warschauer Vertrag ebenfalls mit breiter Akzeptanz angenommen. Obwohl man die starken Eingriffe der Zensur auch in den katholischen Redaktionen zu spüren bekommen hat, versuchten katholische Journalisten den westdeutschen Nachbarn ohne ideologisch bedingte Feindbilder darzustellen. Bei der Beurteilung der Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße waren sich die katholischen Autoren mit der Stellung der regimetreuen Presse einig.⁴⁰ Der wesentlichste Aspekt, der in den Aussagen der katholischen Publizisten, von denen der regimetreuen Presse deutlich abwich, war die Darstellungsweise der mit der deutschen Minderheit verbundenen Thematik. In den katholischen Publikationen hat man das Bestehen der deutschen Minderheit in Polen nicht so entschieden geleugnet. Auch diese Publizisten haben das Festhalten an den Grenzen von 1937 mit utopischem Denken gleichgesetzt.⁴¹ Was dem heutigen Betrachter interessant erscheint und vielleicht einen wichtigen wissenschaftlichen Ansatz bilden kann, ist die Tatsache, dass die katholischen Publizisten Polens sich schon Anfang der siebziger Jahre von einem zukünftigen vereinten Europa, in dem die Grenzen ihre ursprüngliche Aufgabe verlieren werden, äußerten. „Das Schicksal Europas kann sich in Zukunft unterschiedlich gestalten. Sicherlich ist der Gedanke an Europa bis zum Ural ein guter und berechtigter Traum Millionen von Menschen guten Willens auf unserem Kontinent. Damit jedoch die europäische Einheit irgendwann Wirklichkeit werden könnte, muss endgültig der deutsch-polnische Feindkomplex ausgerodet werden. In dieser Richtung soll die begonnene politische Evolution gehen und der Vertrag vom 7. Dez-

³⁸ Zum Problem der deutschen Minderheit in Polen vgl. auch: Hans van der Meulen (Hg.): *Anerkannt als Minderheit. Vergangenheit und Zukunft der Deutschen in Polen*, Baden-Baden 1994.

³⁹ Vgl. dazu: Karol Małcużyński: *Rokowania i rozważania*. In: Trybuna Ludu vom 06.10.1970.

⁴⁰ Vgl. ergänzend dazu: Karl Hartmann: *Der polnische Episkopat und die Oder-Neiße-Gebiete*. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Heft 3, März 1971, S. 165.

⁴¹ Vgl. dazu: Mieczysław Pszon: *Ostpolitik*. In: Tygodnik Powszechny vom 19.07.1970.

ember hat hier die Rolle einer Weiche“ – schreibt der bedeutende polnische katholische Publizist Stanisław Stomma.⁴²

Die polnischen Massenmedien bezeichneten den Warschauer Vertrag vorwiegend als ein Abkommen, welches die Anerkennung des definitiven Charakters der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße durch Westdeutschland beinhaltet, was dagegen zur damaligen und jetzigen Zeit in Deutschland bei vielen Bundesbürgern keine Akzeptanz findet. Die meisten Kommentare in der polnischen regimetreuen Presse billigten die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages und schlossen oft Meinungen von einer neuen Phase in der Entwicklung Europas ein. Polnische Publizisten wollten die polnische Seite als Sieger sehen und hoben hervor, dass sich der polnische Standpunkt durchgesetzt hat, dass durch die Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze von einer geschichtlichen Gerechtigkeit die Rede sein konnte. Der Publizist Karol Małcużyński schrieb im Parteiorgan „Trybuna Ludu“ anlässlich der Paraphierung des Vertrages:

Das polnische Volk hat besondere Gründe zu Zufriedenheit und weitgehender Genugtuung. Es wurde die Forderung erfüllt, die die politischen Führer Polens konsequent mit unbeirrbarer Festigkeit ein Vierteljahrhundert und mit besonderem Nachdruck seit 20 Jahren, d.h. seit Errichtung der Bundesrepublik, vorgebracht haben.⁴³

Die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages wird häufig ganz zu Recht als ein Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte der beiden Länder bezeichnet. Die Bundesrepublik nahm durch dieses Abkommen zumindest politisch Abschied vom lange gepflegten Anspruch auf die Gebiete östlich der Oder und Neiße. Für die polnische Seite war der Vertrag ein herausragender politischer Erfolg und – auf die deutsch-polnischen Beziehungen übertragen – ein erster Schritt auf dem Wege zur Normalisierung der Beziehungen nach der heiklen Nachkriegsperiode. Es war ein Erfolg, der auch von den gegenwärtigen Politikern und Publizisten Polens, auch den entschiedenen Gegnern des kommunistischen Regimes, nicht unterschätzt wird. Auch jetzt, nach über 30 Jahren, wenn sich Europa zusammenschließt, wird dem Vertrag und der Schlüsselfigur dieses Ereignisses, dem Bundeskanzler Willy Brandt, für seinen politischen Weitblick sehr viel Lob gespendet. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker betitelte seinen Beitrag anlässlich des dreißigjährigen Jubiläums des Vertrages in „Die Zeit“ – „*Brandts Kniefall ermöglichte die EU – Erweiterung*“.

⁴² Stanisław Stomma: *Ludzie tworzą historię*. In: Tygodnik Powszechny vom 21.02.1971.

⁴³ Karol Małcużyński: *W interesie Europy*. In: Trybuna Ludu vom 19.11.1970.